

Leuthard will neue Gaskraftwerke

Aktualisiert am 15.04.2012 [272 Kommentare](#)

Quelle: **derbund**:

Link: <http://www.derbund.ch/schweiz/standard/Leuthard-will-neue-Gaskraftwerke/story/11554528>

Datum: 15.04.2012

Der Fahrplan für den Atomausstieg nimmt Form an: Doris Leuthard setzt auf umstrittene Gaskraft statt auf eine Steuerreform. Zudem wird absehbar, wie sich die Netzgebühren für die Haushalte verteuern.



Gaskombikraftwerke sollen die Stromversorgung gewährleisten: Energieministerin Doris Leuthard. (Archivbild)

Bild: Reuters

Energieministerin [Doris Leuthard](#) setzt beim Ausstieg aus der [Atomenergie](#) grossflächig auf die umstrittenen Gaskombikraftwerke. Dies meldet die «SonntagsZeitung». Recherchen des Blattes zufolge schlägt Leuthard dem Bundesrat den Bau von 5 bis 7 solcher Gaskraftwerke vor. Das letzte dieser Werke soll in Betrieb genommen werden, wenn im Jahr 2035 voraussichtlich das letzte AKW vom Netz geht.

Mit den Gaskraftwerken sollen jährlich rund 20 Terawattstunden Strom produziert werden, die nicht durch erneuerbare Energieträger geliefert werden können. An seiner nächsten Sitzung am Mittwoch berät der Bundesrat in einer ersten Aussprache über Leuthards Pläne für den

Energieumbau. Die Gaswerke sind gemäss den Berechnungen des Energiedepartementes nötig, obwohl in Leuthards Szenario das Stromsparen und die alternativen Energien [mit über einer Milliarde Franken gefördert](#) werden sollen.

Kritik von links und rechts

Bereits kritisieren Energiepolitiker Leuthards gaslastige Pläne, weil die umstrittenen Gaskraftwerke den Atomausstieg gefährden könnten. «Man kann den selben Franken nicht zweimal ausgeben», sagt Swissolar-Präsident und SP-Nationalrat Roger Nordmann gegenüber der «SonntagsZeitung». Es sei gescheiter, direkt in neue Erneuerbare zu investieren, statt das Geld mit Gaskombikraftwerken zu verbrennen. Sein Rats- und Parteikollege Eric Nussbaumer empört sich: «Es ist doppelzünftig, den umweltfreundlichen Energieumbau zu propagieren und auf Gaskraft zu setzen, bevor bewiesen ist, dass es diese wirklich braucht.»

Leuthards Gas-Pläne rufen nicht bloss linke und grüne, sondern auch bürgerliche Energiepolitiker auf den Plan: BDP-Präsident Hans Grunder warnt: «Mit einem solchen Szenario gefährdet die Energieministerin den Atomausstieg. Der Widerstand gegen Gaskraftwerke wird massiv.» Grunder fordert, dass Leuthard verstärkt auf Wasserkraft setzt. Und Martin Bäumle, Parteichef der Grünliberalen, will, dass Leuthard mit einer Lenkungsabgabe mehr Strom spart und so auf einen Teil der Gaskraftwerke verzichten könnte.

Die Politiker fordern deshalb mehr steuerliche Lenkungsmaßnahmen, um Strom sparen und damit auf Gaskraftwerke verzichten zu können. Energieministerin Leuthard dagegen will vorderhand keine ökologische Steuerreform, wie sie Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf derzeit plant.

Kantone signalisieren Einverständnis

Auch Umweltschützer kritisieren den CO₂-Ausstoss, und die Strombranche beklagt die mangelnde Rentabilität und fordert hinter vorgehaltener Hand gar Subventionen, wie die Zeitung «Der Sonntag» schreibt. Doch für viele Teilnehmer der vom Bund einberufenen Arbeitsgruppen ist die Kombination von erneuerbaren Energien und Gaskraftwerken der realistischste Weg.

Von den Kantonen gibt es allerdings Unterstützung, obschon diese sich offiziell noch nicht festgelegt haben: «Ich persönlich bin überzeugt, dass es Gaskraftwerke in einer Übergangsperiode braucht», sagt Beat Vonlanthen, Präsident der Energiedirektorenkonferenz, gegenüber dem «Sonntag».

Bis zu 400 Franken mehr pro Haushalt

Um die Stromversorgung nach dem Atomausstieg sicherzustellen, sind bis 2050 Investitionen in das Stromnetz in der Höhe von 4,2 bis 13,3 Milliarden Franken notwendig. Dies geht aus einem vertraulichen Bericht des Bundesamts für Energie hervor, aus dem die Zeitung «Der Sonntag» zitiert.

Gemäss dem Bericht rechnet das Bundesamt mit einer Erhöhung der Netzgebühren für Haushalte um 30 bis 90 Prozent. Ein Durchschnittshaushalt würde über die Stromrechnung jährlich zwischen 135 und 406 Franken mehr Netzgebühren zahlen müssen. (ami)

Erstellt: 14.04.2012, 23:58 Uhr